

## Editorial

Obwohl Massenmedien im Sinne von Verbreitungsmedien für gesellschaftliche Kommunikation seit ihrer Entstehung eine immer größere Bedeutung gewonnen haben, wird Geschichte relativ selten aus einer diese Medien ins Zentrum stellenden Perspektive erzählt. Als historische Quellen sind Massenmedien inzwischen anerkannt,<sup>1</sup> und zur Systemtransformation in den mittel- und osteuropäischen Staaten nach 1989 wurde die faszinierende Rolle der Massenmedien auch bereits beschrieben.<sup>2</sup> In diesem Heft des „Nordost-Archivs“ werden die Massenmedien in ihrer Funktion für die Vergesellschaftung und den Gesellschaftswandel über politische Öffentlichkeit in einem historisch breiteren Rahmen für die Region Nordosteuropas untersucht. Es werden Segmente der Medienöffentlichkeit und mediale Herstellungsbedingungen betrachtet, an die sich Überlegungen anschließen lassen, wie diese sich auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt bzw. die Formierungs- bzw. Reformierungsprozesse im jeweiligen historischen Zeitraum in der nordosteuropäischen Region, in Schweden, Deutschland, Polen, Estland und Lettland auswirkten. Diese medien- und

---

<sup>1</sup> Vgl. Bernd Söseman, *bißweilen Errata vnd vngleichheiten. Die Zeitung als historische Quelle*, in: *Relation. Medien, Gesellschaft, Geschichte* 1 (1994), Nr. 1, S. 6-70. Im Speziellen für die Region Mitteleuropa: Eduard Mühle, *Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt“*. Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle. Marburg 1997.

<sup>2</sup> Vgl. Jerome Aumente (u.a.), *Eastern European Journalism Before, During and After Communism*. Creskill 1999; Jane Leftwich Curry, *Poland's Journalists, Professionalism, and Politics*. Cambridge 1990; Karl von Delhaes, *Zur Rolle der legalen polnischen Presse in der Selbstauflösung des Systems*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 2 (2000), S. 188-208; Tomasz Goban-Klas, *The Orchestration of the Media, The Politics of Mass Communications in Communist Poland and its Aftermath*. Boulder 1994; Peter Gross, *Entangled Evolutions. The Media and Democratization in Eastern Europe*. Washington 2002; Svennik Høyer (u.a.), *Towards a Civic Society: The Baltic Media's Long Road to Freedom*. Tartu 1993; Karol Jakubowicz, *Media in Transition, The Case of Poland*, in: *Media Reform, Democratizing the Media, Democratizing the State*, hrsg. v. Monroe E. Price (u.a.). London 2002, S. 203-231; Karol Jakubowicz (u.a.), *Glasnost and after, Media and Change in Central and Eastern Europe*. Creskill 1995; Ellen Mickiewicz, *Transition and Democratization: The Role of Journalists in Eastern Europe and the Former Soviet Union*, in: *The Politics of News, the News of Politics*, hrsg. v. Doris Graber (u.a.). Washington 1998; Patrick O'Neill, *Communicating Democracy: The Media and Political Transitions*. Boulder, Col. 1998; Colin Sparks u. Anna Reading, *Understanding Media Change in East Central Europe*, *Media, Culture & Society* 16 (1994), Nr. 2, S. 243-270; Barbara Thomaß u. Michaela Tzankoff, *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden 2001; Peeter Vihalemm, *Baltic Media in Transition*. Tartu 2002; Katrin Voltmer, *Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa, Strukturen und Dynamik öffentlicher Kommunikation im Prozess des Regimewechsels*, in: *Zur Zukunft der Demokratie, Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, hrsg. v. Hans-Dieter Klingemann u. Friedhelm Neidhard. Berlin 2000, S. 121-151.

kommunikationswissenschaftliche Perspektive ist insofern höchst interessant, als einerseits in dieser Region – in einem kürzeren Zeitraum als in anderen Regionen Europas – der Aufstieg der modernen, inzwischen klassischen Massenmedien Print, Film und Rundfunk mit wichtigen Vergesellschaftungsprozessen für die heutigen politischen Strukturen einherging. Andererseits stellt sich vor dem Hintergrund von Migration in der globalisierten Welt und der europäischen Integration aktuell die Frage, ob und wie in Europa eine kulturell vielfältige, politisch diskursive Öffentlichkeit als legitimierende Grundlage eines europäischen Demos entsteht, und welche Rolle die Medien in diesem Transnationalisierungsprozess einnehmen.

Die unterschiedlichen Ansätze, mit denen die Autoren und Autorinnen dieses Heftes ihr jeweiliges Thema bearbeiten, vereint die Fragestellung nach der Formierung gesellschaftlicher Öffentlichkeiten. In der Reihenfolge der Beitragsthemen, die in einer zeitlichen Chronologie geordnet sind, zeigt sich auch der historische Wandel der zentralen Fragestellung, wie in der anschließenden kommunikations- und medienwissenschaftlichen Einführung dargestellt.

### **Der Blick auf die Region aus der Perspektive der Gesellschaft als Kommunikationsstruktur**

Die Medien- und Kommunikationswissenschaften beschäftigen sich einerseits mit den Strukturen von Medienorganisationen und Wechselwirkungen zwischen Medien und Gesellschaftswandel und andererseits mit Medieninhalten mit sowohl sozialwissenschaftlichen als auch mit geistes- und kulturwissenschaftlichen Ansätzen. Sie sind – bedingt durch die Thematik und durch das geringe Alter dieser wissenschaftlichen Fachbereiche – sich überschneidende, sehr heterogene Disziplinen, deren Arbeitsfelder und Ansätze teilweise auch mit denen anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie Wirtschafts- und Politikwissenschaft, Sprach-, Literatur-, Theater- und Kulturwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Informatik zusammenfallen bzw. aus diesen Gebieten übernommen werden. Entsprechend heterogen sind die Ansätze der Beiträge des vorliegenden „Nordost-Archivs“.

In den Kommunikations- und Medienwissenschaften wird – wie auch in der Soziologie allgemein – die Gesellschaft meist als beständiger Kommunikationsprozess verstanden, über den sie sich historisch formiert hat und der sie in der Gegenwart zusammenhält. Neben der direkten *face-to-face*-Kommunikation auf der Mikroebene in kleinen

Gemeinschaften ist für die sozialwissenschaftlich orientierte Kommunikationswissenschaft vor allem die nicht direkte, sondern die medienvermittelte bzw. heute durch die modernen Massenmedien hergestellte und verbreitete Kommunikation von Interesse. Zu semiotischen, semantischen und anderen Fragen der interpersonellen Kommunikation werden hier die Fragen nach den gesellschaftlichen Strukturen bearbeitet, wie sie institutionalisiert sind bzw. sich kommunikativ vermitteln und zu bestimmten kollektiven, gesellschaftsübergreifenden Vorstellungen führen.

Um sich auf diese intendierte wissenschaftliche Perspektive einlassen zu können, mit der die in diesem „Nordost-Archiv“ aufgeworfenen Fragen bearbeitet werden, bedarf es an Aufmerksamkeit für die spezifische Bearbeitung von Themen und Verwendung von Begriffen in den Medien- und Kommunikationswissenschaften. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der beschriebenen Heterogenität und disziplinübergreifenden Charakteristik der Forschungsgegenstände in diesen wissenschaftlichen Disziplinen.

In der vorliegenden Ausgabe werden Vergesellschaftungsprozesse und die dazugehörigen Diskurse in der nordosteuropäischen Region beschrieben, die sich in den untersuchten Ländern anhand der Titularnation oder in Abgrenzung dazu entwickelt haben. Der nationale Bezugspunkt in demokratischen Staaten ist in der auch gegenwärtig noch üblichen, allgemeinen Vorstellung implizit ethnisch definiert und verweist auf Konstruktionen historischer Kultur- oder Staatsnationen bzw. auch auf Konstruktionen von Minderheiten, wie sie sich im öffentlichen Diskurs formiert haben und noch heute formieren.<sup>3</sup> Der klassische Begriff aus der Zeit der Aufklärung und Nationsbildung in Europa, der diesen gesellschaftlichen, kommunikativen Aushandlungsprozess theoretisch fasst, ist der Begriff der (nationalen) „Öffentlichkeit“. Es ist ein vielschichtiger Begriff der politischen Ideengeschichte; aus diesem Grund und um die medien- und kommunikationswissenschaftliche Sichtweise darzulegen, wird dieser Begriff zur Einordnung der Beiträge an dieser Stelle erläutert.

Darüber hinaus wird das Verständnis von Massenmedien präzisiert und erläutert, wie es sich in kommunikations- und medienwissenschaftlicher Sichtweise vom Alltagsverständnis unterscheidet. Gleichzeitig wird dabei die Anbindung an den Öffentlichkeitsbegriff bzw.

---

<sup>3</sup> Vgl. Dieter Oberndörfer, *Völkische Nation und demokratischer Verfassungsstaat. Abschied vom völkischen Staat?*, in: *Nur Götter und Götzen? Zur Aktualität des Mythos*, hrsg. v. Claus Urban u. Joachim Engelhard. Ahaus 2003, S. 122-138.

die Funktion der Massenmedien für die gesellschaftliche Integration über Öffentlichkeit geklärt, auf die in den Beiträgen dieses Buches explizit oder implizit verwiesen wird.

Während der erste Teil des Nordost-Archivs wissenschaftlich mit klassischen Öffentlichkeitskonzepten gerahmt werden kann, trifft das für die weiteren Beiträge nicht mehr ohne weiteres zu. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich im heutigen Öffentlichkeitsdiskurs der Begriff der politischen und implizit nationalen Öffentlichkeit angesichts der fortschreitenden Demokratisierung und damit einhergehenden politischen Integration sowie der Pluralisierung von Lebensstilen in Teilöffentlichkeiten, aber auch mit der politischen Integration innerhalb der Europäischen Union auflöst.

Im zweiten Teil wird auf letzteren Prozess, d.h. verschiedene transnationale Öffentlichkeiten eingegangen. Zum einen auf die lautstarken Reaktionen in Polen auf das deutsche unternehmerische Engagement im polnischen Zeitungsmarkt; zum anderen wird in den weiteren Beiträgen auf die Entwicklung einer komplementären europäischen Öffentlichkeit<sup>4</sup> eingegangen, wie sie sich aktuell in Polen und Lettland in Bezug auf europäische Politik entwickelt.

Zuletzt wird im dritten Teil das nationale Öffentlichkeitskonzept sozusagen nach innen erweitert. In einem Beitrag werden Medienschaffende in Schweden und Deutschland beschrieben, die nicht der Titularnation angehören, und in einem weiteren Beitrag ein multiethnisches Radioprogramm in Deutschland, das sich sowohl an die deutsche als auch an die nicht-deutschsprachige Bevölkerung in Berlin und Umgebung wandte. Hier zeigt sich für die im Folgenden zu beschreibenden kollektiven Vorstellungen von Nation und Öffentlichkeit, wie schwerfällig gesellschaftliche Strukturen aufbrechen, obwohl sie doch „nur“ auf flüchtigen Kommunikationen basieren, weil diese wiederum auf die unbewussten, kulturell tief verwurzelte Konventionen verweisen, die sich den Menschen einer Gesellschaft im interpersonellen Diskurs, aber eben auch über die gesellschaftliche Öffentlichkeit einprägen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Ulrich K. Preuß, Transformation des europäischen Nationalstaates – Chance für die Herausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit?, in: Europäische Öffentlichkeit, hrsg. v. Claudio Franzius u. d.ers. Baden-Baden 2004, S. 44-60, hier S. 59.

## Öffentlichkeit als nationales Konzept

Öffentlichkeit ist ein Begriff der politischen Ideengeschichte, der sich sowohl auf ein normatives Ideal als auch auf ein empirisch beobachtbares, soziales Phänomen beziehen lässt. Seine philosophische Begriffskarriere lässt sich bis in die Zeit des sich entwickelnden Bürgertums und der Aufklärung zurückverfolgen.<sup>5</sup> Das Ideal der Öffentlichkeit wurde getragen von einer Bildungselite mit einem individuell freiheitlichen Selbstverständnis, die ihre politische Meinung öffentlich diskutierte und damit zunehmend die idealistischen Werte mit ganz konkreten politischen Forderungen verband.<sup>6</sup> Öffentlichkeit stand hier als der Begriff für Transparenz und Mitbestimmungsrechte der Bürger gegenüber dem arkanen Regieren des vordemokratischen Souveräns. Inzwischen ist Öffentlichkeit als empirische Größe aus der heutigen, demokratischen Vorstellung von Gesellschaftsordnung nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig mit der Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit kam es zur Entwicklung einer u.a. durch gelockerte Zensur nicht mehr nur verlautbarenden, sondern auch erklärenden und kommentierenden Presse im 19. Jahrhundert.<sup>7</sup>

Das Verständnis von politischer Öffentlichkeit ist historisch im nationalen Rahmen entstanden.<sup>8</sup> Damit besteht auch heute noch ein Bezug der Vorstellung von Öffentlichkeit zur politischen Entität des Nationalstaats, während zur Aufklärungszeit im Sinne des Weltgeists die Öffentlichkeit prinzipiell noch universell gedacht werden konnte.

Sowohl in Nationalstaaten, die sich im Zuge der Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften mit industriell-kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen formierten, als auch generell beruht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf komplementären Kommunikationsgewohnheiten,<sup>9</sup> d.h. auf den etablierten, hierarchisch ordnenden Kommunikationsstrukturen.<sup>10</sup> Während diese Strukturen im Mittelalter die Frei-

---

<sup>5</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Öffentliche Meinung, in: Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, hrsg. v. ders. (u.a.), Frankfurt a.M. 1994, S. 366-382, hier S. 369; Myra Marx Ferec (u.a.), Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies, in: *Theory and Society* 31 (2002), S. 289-324.

<sup>6</sup> Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M. 1992.

<sup>7</sup> Vgl. Ulrich Püschel, Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur. Die Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung (1842), in: *Folia Linguistica* 25 (1991), S. 243-268.

<sup>8</sup> Vgl. u.a.: Hans-Jörg Trenz, Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt a.M. 2005, S. 23.

<sup>9</sup> Vgl. Karl W. Deutsch, *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*. Düsseldorf 1972, S. 27.

<sup>10</sup> Vgl. u.a.: Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M. 1987.

heit der Menschen nach gottgegebener Herkunft und Zugehörigkeit beschränkten, wandelten sie sich in der Neuzeit im Zuge der bürgerlichen Emanzipation und der Aufklärung sowie des neuzeitlichen Frühkapitalismus mit einer entstehenden wirtschaftlichen Arbeitsteilung. Auch die Gewährung von (geografischem) Bewegungsraum für die Bevölkerung trug im Zuge dieses Strukturwandels zur Erweiterung der Bewusstseins horizonte der einzelnen Menschen bei.<sup>11</sup> Gleichzeitig wurde die Bevölkerung „den Zwängen und Chancen der Industrie und marktwirtschaftlich organisierten Konkurrenzgesellschaft ausgesetzt.“<sup>12</sup> Mit den neuen Spielräumen stiegen die rationalen Anforderungen an die Bevölkerung und eine entsprechende Nachfrage nach Information, u.a. um Entscheidungen für die Gestaltung des eigenen Schicksals treffen zu können. Die Entwicklung des Verlags- und Pressewesens, von Lesezirkeln und Lesegesellschaften ist vor diesem Hintergrund zu verstehen.<sup>13</sup>

Nicht nur auf der individuellen und das Individuum betreffenden Ebene, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene veränderten sich in der Nationsbildung die kommunikativen Strukturen bzw. das kollektive Bewusstsein. Kulturelle Praktiken und Ereignisse der politischen Geschichte wurden neu als Traditionen und gemeinsame Vergangenheit angeeignet und andere als die Gesellschaft stabilisierende oder auch politisch mobilisierende, nationale Sinnvorstellungen den mit den neuen Freiheiten einhergehenden neuen Unsicherheiten entgegengesetzt. Neben dieser symbolischen Konstruktion einer gemeinsamen nationalen Identität als kulturellem Artefakt<sup>14</sup> in der Vergangenheit bildete sich gleichzeitig aber auch eine gemeinschaftliche Hochsprache und Kultur in den entstehenden Nationen heraus.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Vgl. u.a.: Walter Demel, Europäische Geschichte des 18. Jahrhunderts. Stuttgart 2000.

<sup>12</sup> Jürgen Joachimsthaler, Mythos „Volk“. Zur Vorgeschichte und Entstehung der National-Texturen Mittel-Ostmittel- und Nordosteuropas, in: Nordost-Archiv, Zeitschrift für Regionalgeschichte XVI (2007): National-Texturen. National-Dichtung als literarisches Konzept in Nordosteuropa, hrsg. v. dems. u. Hans-Christian Trepte, S. 19-78, hier S. 19.

<sup>13</sup> Vgl. Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, hrsg. v. Holger Böning. München/London 1992 (Deutsche Presseforschung. 28).

<sup>14</sup> Vgl. Benedict Anderson, Imagined Communities. London 1983; Eric Hobsbawm u. Terence Ranger, The Invention of Tradition. Cambridge 1992; auch Peter L. Berger u. Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M. 1969; Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a.M./New York 1991.

<sup>15</sup> Vgl. Harald Haarmann, Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural. Frankfurt a.M. 1993, S. 210 ff.; Bernhard Giesen, Nationale und kulturelle Identität, Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt a.M. 1992.

In den Regionen und Staaten (bis auf Schweden), die im vorliegenden Heft des „Nordost-Archiv“ thematisiert werden, fanden die nationalen Einigungsbewegungen erst relativ spät, d.h. im 19. Jahrhundert statt. Es handelte sich hier um Bewegungen von Bildungseliten, die sich auf historisch gewachsene Kultur- und Sprachgemeinschaften beriefen, deren fremdbeherrschte oder politisch getrennte Bevölkerungen vereint werden sollten. Sie wandten sich dabei an die imaginierten nationalen Öffentlichkeiten und suchten die Bevölkerungen politisch zu mobilisieren, zu bilden und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.<sup>16</sup> Ihr Engagement wirkte sich stark auf die Entwicklung der Printmedien aus, die sich zu dieser Zeit vervielfältigten und professionalisierten.<sup>17</sup>

In den national orientierten Publikationen wurden – neben allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Informationen – sowohl die vereinigenden Volksmythen<sup>18</sup> zu den als nationales Erbe konstruierten historischen Ereignissen veröffentlicht, als auch – wie im ersten Beitrag des Bandes beschrieben – ganz konkrete, alltagspraktische Anleitungen sowie Beiträge zur Wissensvermittlung, um den adressierten Bevölkerungsgruppen bei der Bewältigung ihres Alltags und der Verbesserung ihrer Lebenssituation zu helfen.

Die periodischen Publikationen schufen über ihre regelmäßigen Leser distinkte Öffentlichkeiten. In diesen hier in der Presse sich empirisch verwirklichenden, nationalen Öffentlichkeiten wurden unterbewusste, beständige Wertesysteme etabliert. Die Zeitungen und Zeitschriften hatten so ihren jeweils für die Publikation spezifischen Anteil an der Erschaffung eines Gemeinschaftsverständnisses, das die adressierten Bevölkerungsgruppen innerhalb der Großreiche Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland in den nationalen Bewegungen entwickelten.

Beide theoretischen Begriffe, die Nation als eine ethnisch homogene und gleichberechtigte Volksgemeinschaft und die Öffentlichkeit als diese Gemeinschaft politisch integrierende soziale Kommunika-

---

<sup>16</sup> Vgl. Holger Böning, *Zeitungen und Zeitschriften für das „Volk“*. Dokumentation zur Politisierung der deutschen Öffentlichkeit nach der Französischen Revolution. Bremen 1989.

<sup>17</sup> Vgl. Heinz Pürer u. Johannes Raabe, *Presse in Deutschland*. 3. überarb. u. erw. Aufl., Konstanz 2007; Ernst Bollinger, *Pressegeschichte 2 (1840–1930): Die goldenen Jahre der Massenpresse*. Freiburg 1996.

<sup>18</sup> Vgl. für die Region Nordost-Archiv (wie Anm. 12), darin: Joachimsthaler, *Mythos* (wie Anm. 12), S. 19–77; Eugen Kotte, *Historienliteratur als nationale Mythografie: Gustaf Freytags „Soll und Haben“*, Henryk Sienkiewiczs „Die Kreuzritter“ und Alois Jiraseks „Chodische Freiheitskämpfer“, in: Ebenda, S. 181–238.

tionspraxis<sup>19</sup> oder Marktplatz der politischen Ideen verstehen,<sup>20</sup> sind historische Idealvorstellungen hinsichtlich ihrer universellen sozialen Inklusion von allen Gesellschaftsgruppen. Nationalstaaten müssen tatsächlich eher als mehr oder weniger ethnisch homogene Einheiten verstanden werden, was bis heute in verschiedenen Teilen Europas noch zu Konflikten führt.<sup>21</sup> Wobei von den hier thematisierten Ländern nur in der politischen Öffentlichkeit Lettlands eine nicht integrierte, ethnische Minderheit eine bedeutende Rolle spielt.<sup>22</sup> Hier handelt es sich wiederum nicht um nur eine ethnische Minderheit, denn es sind mehrere Sprach- und Kulturgruppen, die in der russischsprachigen Bevölkerung aufgehen. Vielmehr wird das Konzept der Minderheit genutzt als politische Ressource<sup>23</sup> einer Gruppe, die nach der Unabhängigkeit des Landes politisch-rechtliche sowie kulturelle, soziale und wirtschaftliche Nachteile erlebte; dies wurde vor allem auch auf europäischer Ebene durch die Menschenrechtskonventionen zum EU-Beitritt sanktioniert.

Politische Aushandlungsprozesse in modernen Demokratien basieren also heute noch auf einem ethnischen Konzept der Gemeinschaft, das von feststehenden Eigenschaften gekennzeichnet ist und als homogen dargestellt wird. Dies gilt auch für die Region Nordosteuropa, für deren nationale Entwicklung sicherlich die Unterbrechung des gerade begonnenen Nationsbildungsprozesses während der kommunistischen Zeit von Bedeutung ist.<sup>24</sup> Das ist wahrscheinlich der Grund, warum es heute immer noch zu meist kleinen, aber sichtbaren Abgrenzungphänomenen kommt, die nach dem Beitritt zur EU fast anachronistische Züge aufweisen, wie beispielsweise das Auftreten des polnischen Premiers Jarosław Kaczyński in den Institutionen der EU.<sup>25</sup>

<sup>19</sup> Vgl. u.a.: Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Berlinische Monatsschrift 22, September 1793, S. 201-284; Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde., Frankfurt a.M. 1981.

<sup>20</sup> Vgl. John Stuart Mill, On Liberty. London 1859.

<sup>21</sup> Vgl. Martina Boden, Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde. München 1993.

<sup>22</sup> Zum Nationalitätenkonflikt in Lettland vgl. Graham Smith, The ethnic democracy thesis and the citizenship question in Estonia and Latvia, in: Nationalities Papers 24 (1996), Nr. 2, S. 199-216.

<sup>23</sup> Vgl. Reetta Toivanen, Das Paradox der Minderheitenrechte in Europa, in: SWS-Rundschau 45 (2005), Nr. 2, S. 185-207.

<sup>24</sup> Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, hrsg. v. Egbert Jahn. Bd. 2: Nationalismus in den Nationalstaaten. Baden-Baden 2009.

<sup>25</sup> Z.B. „Kaczyński fordert Anrechnung von Millionen Kriegstoten in EU-Stimmenstreit“.

Desgleichen ist jedoch auch das weniger hinterfragte Ideal der politischen Öffentlichkeit als in der Demokratie normativ tief verankertem Konzept der politischen Integration der Gesellschaft weder empirisch in seiner Komplexität als soziales Phänomen erfassbar<sup>26</sup> noch in der idealisierenden Form einer gesellschaftlich integrierenden, die öffentliche Meinung darstellenden politischen Größe heute noch unbedingt tragbar. Die sich über die Öffentlichkeit und heute vor allem über die Massenmedien aktuell formierende öffentliche Meinung entspricht eben nicht einem gesellschaftsübergreifenden Gemeinwillen, der die demokratische Politik lenken sollte.<sup>27</sup> Dies hat sich deutlich in der Zwischenkriegszeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, in der Massenmedien als Propagandamaschinen zur Herstellung politischer Öffentlichkeit genutzt wurden. Im zweiten Beitrag des „Nordost-Archivs“ wird als Beispiel hierfür die deutsche und polnische Filmpropaganda hinsichtlich der jeweiligen politischen Zugehörigkeit Oberschlesiens zur Zeit der Volksabstimmung im Jahr 1921 und nach der Konferenz von Locarno im Jahr 1925 beschrieben.

### **Teil I: Massenmedien als sinnbildende Institutionen um die Jahrhundertwende und zwischen den Weltkriegen**

Die Autoren der ersten beiden Beiträge beschäftigen sich mit Öffentlichkeiten in den Russischen Ostseeprovinzen, konkreter dem heutigen Estland, Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie in Oberschlesien, Polen und Deutschland zwischen den Weltkriegen. Es werden spezielle Angebote der Massenmedien untersucht, die bedeutend für bestimmte Nationalismen in den jeweiligen Regionen waren, weil sie sich mit politisch mobilisierender Intention an bestimmte ethnische Bevölkerungsgruppen wandten.

Im ersten Beitrag von Johan Eellend handelt es sich um eine estnische Medienöffentlichkeit in einer Zeit, in der sich die estnische Na-

---

„Der polnische Premier Jaroslaw Kaczynski prescht mit einem neuen Argument im Streit um die EU-Stimmverteilung vor: Er verlangt jetzt, die polnischen Toten im Zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen. Ohne sie hätte das Land heute schließlich ‚eine Bevölkerung von 66 Millionen‘“, in: Spiegel-online v. 21. Juni 2007.

<sup>26</sup> Vgl. John Durham Peters, *Historical Tensions in the Concept of Public Opinion*, in: *Public Opinion and Communication of Consent*, hrsg. v. Theodore L. Glasser u. Charles T. Salmon. New York 1995, S. 3-32, hier S. 18.

<sup>27</sup> Vgl. Ulrich Sarcinelli, „Fernsehdemokratie“. *Symbolische Politik als konstruktives und als destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung*, in: *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur*, hrsg. v. Wolfgang Wunden. Hamburg 1994, S. 31-41.

tionsbildung im politischen Sinne der Staatengründung gerade erst ankündigte. Johan Eellend beschreibt die estnischsprachige Öffentlichkeit auf dem Land nach der Abschaffung der Leibeigenschaft in der Region in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und dem Landreformgesetz von 1849. Für ein neues Zielpublikum entstanden estnische, auf landwirtschaftliche Inhalte spezialisierte Zeitschriften. Diese Publikationen bedienten die estnischen Landbesitzer, die in der estnischen Bevölkerung eine neue Elite darstellten. Sie schufen nicht nur eine Öffentlichkeit für die relevanten Themen dieser Gruppe, sondern auch eine neue Identität über eine ideologisch agrarische Um- oder Neudeutung der Geschichte mit dem estnischen (männlichen) Bauern als Leitfigur. Diese landwirtschaftliche Ideologie wirkt bis heute nach – sowohl bei der Umweltbewegung in den 1980er Jahren als auch bei der Landreform nach der Unabhängigkeit 1991.<sup>28</sup>

Diese estnisch-bäuerlichen Öffentlichkeit hatte nach Eellends These eine integrierenden Funktion: Sie konnte im ländlichen Raum Anreize schaffen, die ethnischen Spannungen in dieser Region zwischen Esten und Deutschbalten zu überwinden. Andererseits wurden andere Bevölkerungsgruppen, d.h. vor allem die landlose estnische Bevölkerung als potenzielle Zielgruppe durch die Ideologie dieser Zeitungen nicht angesprochen. Trotz dieser Ausgrenzung trugen diese Publikationen im Vorfeld der estnischen Nationsbildung maßgeblich zu Ausprägung der estnischen kollektiven Identität bei.

Ein negatives, da abgrenzendes Beispiel der Herstellung nationaler Öffentlichkeit wird im zweiten Beitrag beschrieben. Urszula Biel und Brigitte Braun untersuchen nationalistische Propaganda zum Gebiet Oberschlesien in der deutschen und polnischen Filmproduktion der Zwischenkriegszeit. Diese Propaganda nutzte intentional das neue Medium Film, das zwischen den Weltkriegen als extrem wirkungsmächtig für die politische Mobilisierung der Bevölkerung erkannt wurde. Sowohl die deutsche als auch die polnische Seite versuchte über stark emotionalisierte Filme eine historisch gewachsene, nationale Zugehörigkeit der oberschlesischen Bevölkerung und der Region zu Deutschland sowie zu Polen zu vermitteln und zugleich die jeweils andere Seite in ihrem „natürlichen“ nationalen Anspruch an das Gebiet zu diskreditieren.

---

<sup>28</sup> Vgl. Tim Unwin, *Agrarian Change and Integrated Rural Development in a Policy Vacuum. The Case of Estonia*, in: *European Urban and Regional Studies* 1 (1994), H. 2, S. 180-185, hier S. 181.

## Teil 2: Transnationale Massenmedien und Öffentlichkeit in Nordosteuropa

Im zweiten Teil des „Nordost-Archivs“ geht es um transnationale Öffentlichkeiten, wie sie in den Medien in Polen und Lettland zu beobachten sind; zum einen um eine gemeinsame, polnisch-deutsche Öffentlichkeit, zum anderen um eine politische, europäische Öffentlichkeit in Lettland und Polen. Es ist heute im allgemeinen Verständnis üblich, gesellschaftliche Öffentlichkeit mit Medienöffentlichkeit gleichzusetzen, weil die modernen Massenmedien für die gesellschaftliche Kommunikation eine so zentrale Rolle übernommen haben.<sup>29</sup>

Diese Gleichsetzung ist aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht insofern problematisch, als dass die Rolle der Massenmedien und die Bedingungen der Herstellung von gesellschaftlicher Öffentlichkeit nicht beachtet werden. Daher wird an dieser Stelle zur Präzisierung der Unterschied zwischen allgemeiner und massenmedialer Öffentlichkeit erläutert und erst danach in den zweiten Teil des Bandes eingeführt.

In der modernen Gesellschaft sind Massenmedien als Vermittler des kulturellen Austauschs<sup>30</sup> zu den alle gesellschaftlichen Prozesse prägenden Instanzen aufgestiegen.<sup>31</sup> Sie ermöglichten nicht nur eine vermehrte, zeitunabhängige, nicht von der Anwesenheit von Personen abhängige Kommunikation. Über die massenmedialen Strukturen, die einen relativ einseitigen Informationsfluss an ein diffuses, imaginiertes Publikum in ihrer spezifischen Weise transportieren, reproduzieren sich die gesellschaftlichen Wertesysteme. Dabei sind Massenmedien durch die politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft geprägt.<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> Gerhards, der wesentlich am aktuellen Öffentlichkeitsdiskurs beteiligt ist, äußert sich explizit: „Öffentlichkeit in gegenwärtigen Gesellschaften bedeutet in erster Linie massenmediale Öffentlichkeit.“ Vgl. Jürgen Gerhards, Öffentlichkeit, in: Grundlagentexte zur Journalistik, hrsg. v. Irene Neverla (u.a.). Konstanz 2002, S. 132.

<sup>30</sup> Die seit dem „cultural turn“ etablierte Sichtweise der zentralen Bedeutung von Kultur für alle Gesellschaftsprozesse sieht nicht von materiellen, ökonomischen oder machtvollen, politischen Prozessen in der Gesellschaft ab. Diese sind jedoch kulturell geprägt durch die Vorstellungen, die die Menschen von Politik und Wirtschaft haben. Vgl. Stuart Hall, Die Zentralität von Kultur, in: Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation, hrsg. v. Andreas Hepp u. Martin Löffelholz. Konstanz 2002, S. 113.

<sup>31</sup> Vgl. u.a.: Richard Münch, Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt a.M. 1995.

<sup>32</sup> Vgl. Daniel C. Hallin u. Paolo Mancini, Comparing Media Systems, Three Models of Media and Politics. Cambridge 2004; Barbara Thomaß, Mediensysteme im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2007.

Massenmedien lassen sich differenzieren als kommunikatives Funktionssystem der Gesellschaft, als Verbreitungstechniken und als Medienunternehmen. Im Medienunternehmen wird das Handelsgut Information organisiert, im Funktionssystem werden dagegen die aus massenmedialer Sicht relevantesten Informationen ausgewählt und in einer medienspezifischen Weise für die Gesellschaft aufbereitet.<sup>33</sup> Massenmediale Öffentlichkeit steht daher mit ihrer professionellen Themenauswahl und Präsentation keinesfalls für eine gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit, auch wenn sie in den Massengesellschaften die größte gesellschaftliche Reichweite erzielt. Massenmedien können die Vielfalt von öffentlich diskutierten Themen nicht bearbeiten, deshalb bleibt die über die Medienöffentlichkeit hinaus existierende Öffentlichkeit ungleich komplexer.<sup>34</sup> Die Öffentlichkeit ist also überall und wird von allen Mitgliedern der Gesellschaft getragen.<sup>35</sup> Im Unterschied dazu agieren Massenmedien autonom – nicht autark, denn sie sind von ihren Rezipienten abhängig –, ohne mit den Rezipienten der Information zu interagieren.<sup>36</sup> Dadurch können über Massenmedien gesellschaftliche Themen durchgesetzt werden.

Entsprechend der Funktion und Bedeutung der Massenmedien wird Gesellschaftswandel in den Massenmedien nicht nur sichtbar, sondern er wird gleichzeitig von den Massenmedien geprägt. Dabei haben sich die massenmedialen Strukturen selbst historisch gewandelt. Gerade die ursprüngliche, intrinsisch motivierte Nebenbeschäftigung von einzelnen Intellektuellen ist heute nur noch ein Teil des ansonsten riesigen professionellen Wirtschaftssektors mit vorwiegend unternehmerischen Interessen.

Ein aktueller Gesellschaftswandel, der derzeit stattfindet, betrifft die politische Kommunikation in Europa. Transnationale Öffentlich-

---

<sup>33</sup> Walter Lippmann war der erste, der Nachrichtenfaktoren als Selektionskriterien in der aktuellen Berichterstattung beschrieb, vgl. Walter Lippmann, *Public Opinion*. New York 1922. In der kommunikationswissenschaftlichen Nachrichtenwerttheorie wurden die Kriterien der Nachrichtenselektion untersucht, vgl. u.a.: Johan Galtung u. Marie Holmboe Ruge, *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Foreign Newspapers*, in: *Journal of International Peace Research* 1 (1965), S. 64-90; Winfried Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg 1976; Joachim Friedrich Staab, *Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg 1990; Christiane Eilders, *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information*. Opladen 1997.

<sup>34</sup> Vgl. Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung*. Bd. 2, Opladen 2005, S. 365.

<sup>35</sup> Vgl. Habermas, *Strukturwandel* (wie Anm. 6), S. 90; Luhmann, *Aufklärung* (wie Anm. 34), S. 165.

<sup>36</sup> Vgl. Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden 2004, S. 11.

keiten bilden sich hier über gemeinsame politische Interessen und die grenzüberschreitenden ökonomische Verflechtungen im zusammenwachsenden Europa. In den Massenmedien ist diesbezüglich neuerdings nicht mehr nur internationale Kommunikation zu beobachten, bei der Beziehungen zwischen den Nationen hergestellt werden, sondern es entsteht hier auch eine transnationale Struktur, die über die nationalen Bezüge hinaus gemeinsame Bezüge in der europäischen Öffentlichkeit schafft.<sup>37</sup>

Im ersten Beitrag des zweiten Teils wird eine Debatte beschrieben, bei der aktuelle, transnationale ökonomische Strukturen der Massenmedien in Nordeuropa zum Thema geworden sind. Maren Röger beschäftigt sich mit dem unternehmerischen Engagement deutscher Zeitungsverlage in Polen. Sie beschreibt dabei sowohl die Unternehmensstrategien der Verlage, die als „own global, act local“ charakterisiert werden können, als auch die empfindlichen Reaktionen in der polnischen Öffentlichkeit auf die Präsenz deutscher Verlage in ihrem Land.

Neben der polnischen Öffentlichkeit, die dieses Thema erregt, weist der hier zu beobachtende gesellschaftliche Diskurs über die nationalen politischen Grenzen hinaus, denn es wurde hier auch die deutsche Öffentlichkeit involviert. Wenn es sich auch um einen inhaltlich stark abgrenzenden, stereotypisierenden Fall der transnationalen Öffentlichkeit in Europa handelt, der in diesem Beitrag beschrieben wird, zeigt sich vielleicht dennoch die integrierende Wirkung von Öffentlichkeit durch Synthetisierung,<sup>38</sup> d.h. über einen kollektiven Prozess der Meinungsbildung durch die Verarbeitung von verschiedenen, teils komplementären Informationen,<sup>39</sup> wodurch dieses Thema verarbeitet und die Kommunikation dazu zwischen Polen und Deutschen geordnet wird. Die Zukunft wird zeigen, ob sich eine Gelassenheit einstellt.

Anschließend folgen zwei Texte zu Untersuchungen, die in eine aktuelle wissenschaftliche und auch politische Debatte zur europäischen Öffentlichkeit eingeordnet werden können. Hier hat sich in jüngster Zeit über den Öffentlichkeitsbegriff ein reiches Forschungsfeld um die Problematik der demokratischen Legitimität der EU aufgetan, wo-

---

<sup>37</sup> Zur Unterscheidung zwischen internationaler und transnationaler Kommunikation vgl. Erwin Faul, Europäische Staatswesen und „Neue Medien“ – Neuorientierung oder Desorientierung der Fernsehpolitik, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 2 (1990), S. 139-153.

<sup>38</sup> Vgl. Amitai Etzioni, *The Active Society*. New York 1968, S. 143 ff.

<sup>39</sup> Gerhards und Neidhardt sprechen von „Throughput“, vgl. Jürgen Gerhards u. Friedhelm Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*. Berlin 1990, S. 13.

bei Öffentlichkeit hier im demokratiethoretischen Sinne verstanden wird. Mit der Gründung der EU durch den Vertrag von Maastricht, der 1992 von den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) ratifiziert wurde, wurden und werden zunehmend nationalstaatliche Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert. Dabei sind jedoch die europäischen Bürger nicht in gleichem Maße institutionell an das europäische Regieren angebunden wie in den nationalen Mitgliedsstaaten. Dabei und dadurch weisen die Strukturen zur demokratischen Willensbildung innerhalb der EU also heute wieder ein „Öffentlichkeitsdefizit“<sup>40</sup> im Sinne des historisch entstandenen Öffentlichkeitsideals auf, das inzwischen demokratiethoretisch und -praktisch in allen Ländern Europas verankert ist.

Der Öffentlichkeitsbegriff ist daher im Zusammenhang mit der europäischen politischen Integration aufgrund der Problematik der Anbindung des klassischen Begriffs an den Terminus der Nation noch einmal intensiv diskutiert worden.<sup>41</sup> Dabei hat sich ein mehrheitlicher Konsens gebildet, das demokratische Öffentlichkeitsprinzip nicht im Sinne der Partizipation eines jeden Mitbürgers zu verstehen, sondern sich diesbezüglich auf die diskursive Leistung verschiedener Teilöffentlichkeiten für verschiedene politische Themen im politischen Prozess zu verlassen. Nach wie vor besteht aber darüber hinaus bei politischen Konflikten die Notwendigkeit nach Öffentlichkeit für die Akzeptanz politischen Entscheidens, d.h. zwischen den EU-Mitgliedsländern besteht ein transnationaler Verständigungsbedarf für die Funktionalität europäischen Regierens, wie es sich auch im aktuellen Verfassungsgebungsprozess der EU bei den negativ ausgefallenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden gezeigt hat.<sup>42</sup>

Johanna Möller und Katharina Kleinen von Königslöw schließen mit ihrem Beitrag an diese Öffentlichkeitsforschung an. Sie untersuchten die Berichterstattung der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ zu europäischer Politik über Stichproben zwischen 1982 und 2003 in einer Inhaltsanalyse. Zur Einführung und für die Beurteilung der Auswahl

---

<sup>40</sup> Jürgen Gerhards, *Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, hrsg. v. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Berlin 2001, 27 S.

<sup>41</sup> Vgl. Dieter Grimm, *Braucht Europa eine Verfassung*. München 1995.

<sup>42</sup> Einen relativ aktuellen Überblick zur wissenschaftlichen Diskussion zur europäischen Öffentlichkeit gibt Friedhelm Neidhardt, *Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand*, in: *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbacher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 46-61.

dieser Zeitung in ihrer Bedeutung für die polnische Medienöffentlichkeit beginnen sie dabei mit einem Überblick über die polnische Medienlandschaft. Nach der Darstellung der empirischen Vorgehensweise und Ergebnisse ziehen sie interessante, durch ihren theoretischen Ansatz gerahmte Schlüsse zur polnischen europäischen Öffentlichkeit: Während es in Polen deutliche Aufmerksamkeitsstrukturen für EU-Themen in der massenmedialen Öffentlichkeit in Form der „Gazeta Wyborcza“ zu beobachten gibt, bleiben die Verweisstrukturen der Identifikation stärker auf die nationale Identität als in anderen europäischen Staaten ausgerichtet.

Im anschließenden Beitrag wird von Katja Wetzel die lettische und russischsprachige Öffentlichkeit laut Meinungsumfragen, die Medienöffentlichkeit und die politische Kampagne der Regierungsparteien und anderer politischer Persönlichkeiten zum EU-Beitritt 2004 in Lettland beschrieben. Anhand ihrer Analyse stellt sich der EU-Beitritt von Lettland als ein Projekt der Führungselite des Landes dar, so dass auch heute wieder die EU-Skeptiker die Oberhand in der lettischen Öffentlichkeit haben. Denn in der lettischen Öffentlichkeit hat offensichtlich keine synthetisierende, d.h. verarbeitende und Akzeptanz schaffende Diskussion zum EU-Beitritt stattgefunden, sondern lediglich eine persuasiv angelegte Kampagne. Diese mangelnde Unterstützung sowie eine Unsicherheit in die Stabilität der Unabhängigkeit des Landes vor allem gegenüber dem mächtigen Nachbarland Russland auch angesichts der Integrationsprobleme der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland führt offensichtlich heute zu einer Furcht vor einem Verlust der nationalen Autonomie, die sich in einem Misstrauen gegenüber einer europäischen Fremdbestimmung äußert.

Hier greift hinsichtlich des Öffentlichkeitsbegriffs auch eine These der Historiker Jörg Requate und Martin Schulze-Wessels, die unter der europäischen Öffentlichkeit schon historisch eine fiktive, appellative Instanz von weit reichender kommunikativer Bedeutung verstehen. An diese haben sich in der Geschichte immer wieder politische Gruppen gewandt, die auf der nationalen Ebene ihre politischen Interessen nicht durchsetzen konnten, aber die Hoffnung hegten, auf der europäischen Ebene bzw. in anderen Staaten Europas für ihre Anliegen öffentliche Zustimmung gewinnen zu können.<sup>43</sup>

---

<sup>43</sup> Jörg Requate u. Martin Schulze-Wessel, Europäische Öffentlichkeit. Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Dies., Europäische Öffentlichkeit. Frankfurt a.M. 2002, S. 11-39.

### Teil 3: Zielkonflikte in der massenmedialen Öffentlichkeit zwischen ethnischer Abgrenzung und hybriden Lebenskulturen

Im dritten Teil des vorliegenden „Nordost-Archiv“ geht es schließlich um die aktuellste politische Problemlage hinsichtlich gesellschaftlicher Öffentlichkeit: die Frage der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund über den öffentlichen Diskurs in die Gesellschaft oder zumindest in das politische Gesellschaftsleben der Einwanderungsländer. In den Beiträgen des dritten Teils beschreiben einerseits personelle und andererseits kommunikative Strukturen von Migrationsmedien in Schweden und Deutschland, wobei sich ein – nach den bisherigen Ausführungen absehbarer – Konflikt zwischen einem demokratischen, national gewachsenen Verständnis von Öffentlichkeiten und dem redaktionellen Alltag erkennen lässt.

Problematisiert wird in beiden Beiträgen, dass die Ausgrenzung oder zumindest Unterscheidung der eigenen Identität, die Journalisten mit Migrationshintergrund im Beruf bzw. die Rezipienten von Massenmedien für Migranten erleben, zwar politisch als Problemlage der gesellschaftlichen Integration wahrgenommen werden, aber bisher keine fruchtbaren Strategien dagegen entwickelt worden sind.

Heike Graf beschreibt in ihrem Beitrag die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland und Schweden zur Frage, wie sie das journalistische Berufsfeld vor dem Hintergrund ihrer Situation erleben. Dabei setzt sie an, den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema bzw. die politischen Rahmenbedingungen in den beiden Ländern für Minderheitenmedien aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass Migranten im Journalistenberuf hinsichtlich ihrer Herkunft stigmatisiert werden und ihnen teilweise Nachteile entstehen, teilweise aber auch Vorteile, als „Quotenjournalisten“ oder als Spezialisten für die Region, aus denen sie ursprünglich stammen.

Im zweiten und abschließenden Beitrag dieses letzten Teils werden von Thomas Petzold und Aneta Podkalicka Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung präsentiert. Dabei wurde die öffentliche Debatte zum Berliner öffentlich-rechtlichen Radiosender „Multikulti“, der sich an in der Region lebende Migranten wendete, analysiert und Interviews mit Mitarbeitern und der Chefredakteurin des Senders geführt. Vor dem Hintergrund des semiotischen Konzepts der Hybridisierung, das auch in den *cultural* und *postcolonial studies* rezipiert und weiterentwickelt wurde, wird in der Analyse der Ergebnisse die Intention dieses Senders und anderer Sender

ähnlicher Art hinsichtlich einer „politisch wohl intendierten Logik“ der Programmgestaltung kritisiert. Hier scheint wieder ein klassischer, national oder ethnisch fundierter Öffentlichkeitsbegriff in der Programmpolitik des Radiosenders „Multikulti“ durch, bei dem die Hörer mit Migrationshintergrund als integrationswillige Teilnehmer zwischen selbstverständlichen ethnischen Grenzen verortet wurden und ein entsprechendes multiethnisches Serviceprogramm angeboten bekamen. Petzold und Podkalicka argumentieren dagegen, dass das Programm, das inzwischen aus finanziellen Gründen vom „Rundfunk Berlin Brandenburg“ (RBB) eingestellt wurde, sein Programmziel und sein Bestehen erfolgreicher hätte erreichen können, wenn statt der unflexiblen Vorgabe von Kriterien der politischen Integration „von oben“ eine Vorstellung von Alltagskultur als Prozess sich ständig vermischender kultureller Praktiken und damit die Anerkennung der politischen Integration „von unten“ die Programmgestaltung angeleitet hätte. Dadurch wäre eine bessere Anpassung an den dynamischen, soziokulturellen Wandel mit seiner Durchlässigkeit der sozialsprachlichen Grenzen möglich gewesen und eventuell ein größeres Zielpublikum erreicht worden.

Indira Dupuis, Berlin/Bochum